

16. VII. 1916

Aus der Bundesversammlung

Nationalrat

Sitzung vom 16. Juni — Vorsitz: Arthur Eugster

Die Sessionsdauer

Der Präsident erklärt, daß die Vorlage über das Versicherungsgericht in dieser Session nur dann behandelt werden kann, wenn eine vierte Sitzungswoche beschlossen wird. Will der Rat mit Ende der dritten Woche schließen, so wird im Herbst eine dreiwöchige Session stattfinden müssen. Dann wird die Wahl der Versicherungsrichter erst im Frühjahr 1917 stattfinden können.

Sigg (Zürich, soz.): Wir sind mit allen Arbeiten im Rückstand, es ist nicht gut, jetzt schon das Abbrechen nach der dritten Woche zu beschließen. Das Unfall-Versicherungs-gesetz sollte auf 1. Januar in Kraft treten. Ich stelle den Ordnungsantrag, den Beschluß bis nächste Woche zu verschieben.

Sträuli (freis.-dem.): Nachdem die Frage aufgeworfen wurde, wollen wir sie auch entscheiden. Beschließt man drei Wochen, dann wollen wir uns auch eine gewisse Selbstdisziplin auferlegen, um möglichst viel zu erreichen. Die Debatte über den Neutralitätsbericht sollte nicht in der Weise weitergeführt werden, wie sie begonnen wurde. Wenn das Volk unsere parlamentarische Mitarbeit verstehen und würdigen soll, so dürfen wir nicht jede Einzelheit behandeln, wie es geschehen ist. Wir können nur dann fruchtbar arbeiten, wenn wir uns an die Hauptsache halten. Der Fall Kallemand hat nicht gezeigt, daß der Rat auf der Höhe seiner Aufgabe steht. Nun soll ja die Neutralitätskommission beschließen haben, daß der Bundesrat auch in den außerordentlichen Sessionen einen „Neutralitätsbericht“ vorlegen müsse. Der Bundesrat kann sich also gleich wieder an den neuen Bericht machen, und die Kommission kann in acht Tagen wieder antreten. Wenn dann die Arbeit der Kommission doch nicht dazu führt, die Beratung im Plenum zu entlasten, so kommen wir zu einer Vielrednerei, mit der das Volk nicht einverstanden ist, und geben der Kritik an der Kommission recht.

Der Ordnungsantrag Sigg wird mit 69 gegen 54 Stimmen abgelehnt. Ueber die Dauer der Session äußern sich Sigg, Raine, Studer (soz.), Speiser, Jazg. Letzterer wünscht, daß der Präsident die Redner auf eine bestimmte Redezeit beschränke. Viele Leute sind doch hier, die nicht Nationalrat im Hauptberuf sind. Blumer beantragt drei Wochen Sitzung und empfiehlt Mäßigung des Rededrang. Mit 81 gegen 61 Stimmen wird beschlossen, die Session auf drei Wochen (bis und mit Samstag) festzusetzen.

Der Präsident bemerkt, daß er ohne besondern Beschluß nicht kompetent sei, die Rededauer zu beschränken.

Jazg: Ich wünsche nur, daß der Präsident den Rednern ganz freundschaftlich nahelegt, sich an eine bestimmte Zeit zu halten.

Präsident: Ich bitte Sie, die Voten Sträuli und Jazg zu beherzigen und Rücksicht zu nehmen auf die Verhältnisse. (Diese Diskussion dauerte drei Viertelstunden!)

Neutralitätsbericht

Wirtschaftliche Fragen

Diese betreffen drei Departemente (Politisches, Militärisches und Volkswirtschaftliches). Es erhebt sich eine längere Diskussion über die Art der Beratung, wobei Grimm dreimal das Wort ergreift. Der Präsident erinnert gegen 9 Uhr daran, daß man endlich an die Arbeit gehen sollte. Schließlich einigt sich alles auf den Antrag von Bundesrat Hoffmann, die Departemente der Reihe nach zu behandeln und am Schluß die Postulate zusammenzunehmen.

Wirtschaftlich-politische Fragen

Chuard (freis.-dem.) referiert Er hebt hervor, was für eine gewaltige Arbeit nötig war, um unter den unerhörten erschwerten Existenzbedingungen das wirtschaftliche Leben der Schweiz so zu gestalten, wie es gelungen ist. Viele Uebelstände sind gewiß trotzdem vorhanden. Die Arbeit und die Erfolge der Regierung müssen laut anerkannt werden. Erst dann rechtfertigt es sich, Einzelheiten zu kritisieren.

Außerordentlich wichtig ist es, daß es dem Bundesrat gelungen ist, schon vor dem Krieg, aber mit Rücksicht auf einen solchen, durch Abkommen mit Deutschland und Frankreich die nötige Zufuhr sicherzustellen. Auch seither ist alles getan worden, um durch Vereinbarungen mit den Nachbarn nach beiden Seiten die ersten Lebensbedürfnisse des Volkes zu sichern. Aus- und Einfuhr wurden organisiert, große organisatorische Arbeit war nötig. Die Kompensationen wurden uns von den Zentralmächten auferlegt. Wir erhalten das uns Nötige nur gegen Lieferung von Waren, die wir entbehren können. Die Gefahr der Spekulation und des Klapparierens ist mit dieser Ordnung aufgetreten. Das hat zu bedenklichen Erscheinungen geführt. Die Kommission beabsichtigte, zu beantragen, es sei das Kompensationsrecht dem Privathandel zu entziehen. Die Handelsfreiheit mußte ohnehin sehr stark eingeschränkt werden. Wir stehen zwischen Hammer und S. S. S. Viele auf diese Organisation gesetzten Erwartungen wurden enttäuscht; ein Teil der Verantwortung fällt auf die immer schwieriger werdenden Transport- und Transitverhältnisse.

De Lavalaz (freis.-dem.): Handelsreisende behaupten im Lande herum, die S. S. S. sei äußerst parteiisch, die Deutschschweizer erhalten die Waren sehr viel leichter als die Westschweizer. Ich hoffe, das sei falsch, dann muß man es hier offiziell feststellen. Der Handelsreisende ist in abgelegenen Gegenden der Mann, von dem das Volk Neuigkeiten aus